

EUROPÄISCHES PARLAMENT



Referat Menschenrechte

Aufzeichnung für die Mitglieder

Betreff: Viertes Treffen im Rahmen des Dialogs zwischen der EU und Iran über die Menschenrechte

Das vierte Treffen im Rahmen des Dialogs zwischen der EU und Iran über die Menschenrechte fand am 14. und 15. Juni 2004 in Teheran statt. Wie bei den früheren Treffen wurde vorab ein Runder Tisch abgehalten (siehe die Tagesordnung und Teilnehmerliste in den Anlagen).

Am offiziellen Teil des Programms nahmen im Namen der EU lediglich teil: die amtierende irische Ratspräsidentschaft und die künftige niederländische Ratspräsidentschaft, das Sekretariat des Rates und die Kommission. Am Runden Tisch hingegen konnten Mitglieder des Parlaments, Universitätsangehörige und Vertreter von nichtstaatlichen Organisationen teilnehmen. Die „Leitlinien für die Dialoge über die Menschenrechte“ vom 13. Dezember 2001 beschreiben die Modalitäten für die Organisation dieser Dialoge (siehe Anlagen).

Der letztlich festgelegte Zeitpunkt dieses Treffens erwies sich für die Teilnahme der Mitglieder des Europäischen Parlaments leider als sehr ungünstig, da er unmittelbar nach den Wahlen zum Europäischen Parlament lag. Daher nahmen nach Rücksprache mit mehreren Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die die Lage in Iran während der fünften Wahlperiode (1999-2004) im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten aufmerksam verfolgt hatten¹ und von denen keiner anwesend sein konnte, lediglich zwei Beamte des Referats Menschenrechte, Frau Andrea Subhan und Herr Antoine Cahen, an dem Treffen teil.

Das Treffen wurde mit einem Informationstreffen in der irischen Botschaft in Teheran am Sonntag, den 13. Juni 2004 und einem anschließenden Zusammentreffen mit den Botschaftern der Mitgliedstaaten in Iran vorbereitet.

¹ u.a. Herr Gahler, Berichterstatter für Iran im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Diese Aufzeichnung soll:

- einen inhaltlichen Überblick über die Aussprache am Runden Tisch (nur für die Beamten des Europäischen Parlaments zugänglich) geben
- und erste Überlegungsansätze für eine Evaluierung dieses Dialogs durch den Unterausschuss Menschenrechte liefern.

I - Kontext

Das 4. Treffen fand einige Monate nach der Wahl des 7. Majless (Parlament) statt. Im Parlament, das seine Arbeit am 27. Mai 2004 aufgenommen hat, verfügen die Konservativen über 195 von insgesamt 290 Sitzen, die Reformanhänger haben nur noch ca. 40 Sitze.

In einer am 12. Februar 2004 angenommenen Entschließung hatte das Europäische Parlament die Umstände, unter denen die Wahlen stattfanden, kritisiert.

Am 23. Februar 2004 hatte der Rat „sein tiefes Bedauern und seine tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass eine Vielzahl von Kandidaten abgehalten worden waren, sich bei den diesjährigen Parlamentswahlen zur Wahl zu stellen, darunter viele ehemalige Mitglieder des Majless, wodurch dem iranischen Volk die Möglichkeit genommen wurde, eine wirklich demokratische Entscheidung zu treffen. Diese Einmischung war ein Rückschlag für den demokratischen Entwicklungsprozess in Iran. Der Rat gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Iran auf den Pfad der Reformen und der Demokratisierung zurückkehren wird.“

Während des zweitägigen Treffens wurde mehrfach auf die in derselben Woche geführte Debatte um die Atomanlagen und auf die Tagungen der IAEO verwiesen.

Die niederländische Präsidentschaft kündigte ihre Absicht an, eine Evaluierung der Dialoge durchzuführen, die die EU einerseits mit Iran (bislang vier Treffen) und andererseits mit China geführt hat (anzumerken ist, dass es bislang keinem Vertreter des Europäischen Parlaments gestattet wurde, an dem Seminar teilzunehmen, das am Rande des Dialogs mit China organisiert wird).

II - Im Rahmen des Runden Tisches angesprochene Themen

Zwei Mitglieder des iranischen Parlaments nahmen am Runden Tisch teil: Herr Hajibabai am ersten Tag und Herr Motaki am zweiten. In seiner Rede äußerte Herr Hajibabai insbesondere den Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament.

Die beiden Kernthemen des Runden Tisches waren:

- Der *Justizverwaltung* (Polizei¹, Justizvollzugsanstalten, Justizsystem) wurde der erste Tag gewidmet. Dieses von der europäischen Seite gewählte Thema ist in der Tat von

¹ Obwohl das erste Thema auf der Tagesordnung die Polizei war, sei darauf hingewiesen, dass an dem Treffen kein einziger Vertreter der iranischen Polizei teilnahm.

entscheidender Bedeutung. Das unter der Aufsicht des Ayatollah Mahmud Hashemi Shahrudi stehende iranische Justizsystem ist von größter Wichtigkeit für die Menschenrechte nicht nur aufgrund seiner direkten Rolle in der Justizverwaltung des Landes, sondern auch weil die Justizbehörden als solche ein beträchtliches politisches Gewicht haben und die Entscheidungen in einem viel höheren Maße beeinflussen als die Justizbehörden in Europa.

- *Die Verstärkung der Zusammenarbeit und der Solidarität auf dem Gebiet der Menschenrechte*: dieses von der iranischen Seite gewählte Thema wurde am zweiten Tag erörtert.

Für jedes Thema und Unterthema waren einführende Darlegungen (von Universitätsangehörigen oder nichtstaatlichen Organisationen) vorgesehen (siehe das beiliegende Programm). Ihnen folgten zahlreiche Redeanträge sowohl von der Delegation der EU als auch von iranischer Seite. Die Aussprache war zuweilen lebhaft und von einer Vielzahl von Beiträgen gekennzeichnet, ohne dabei jedoch immer zu der wünschenswerten Vertiefung einiger wichtiger Fragen zu führen.

Ohne auf alle Redebeiträge eingehen zu wollen, sollen im Folgenden die am intensivsten erörterten Punkte aufgelistet werden:

1. Folter

Die iranische Delegation nahm mehrfach Bezug auf das in Artikel 38 der Verfassung der islamischen Republik Iran verankerte Folterverbot. Im Übrigen teilte sie mit, dass der Majless sich mit zwei Gesetzesentwürfen befasse: der eine Gesetzesentwurf ziele auf die Anwendung des Artikels 38 ab (eine Übersetzung sei verfügbar); der andere auf den Beitritt zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter (mit dem sich bereits der 6. Majless beschäftigt hatte). Die Aussprache bot der iranischen Seite die Gelegenheit, die Rolle der verschiedenen Organe darzulegen, die an der Verabschiedung von Gesetzen beteiligt sind: das Parlament (Majless), der Wächterrat (12 Vertreter, darunter 6 Rechtssachverständige und 6 Sachverständige für islamisches Recht), und der "Schlichtungsrat", der das letzte Wort hat.

In dem Wissen, dass der Ratifizierungsprozess des Übereinkommens bislang auf zahlreiche Hindernisse gestoßen war, stellte die europäische Delegation mehrere Fragen zu den tatsächlichen Aussichten für die Ratifizierung des Übereinkommens (sowie dessen Protokoll, das Kontroll- und Inspektionsmaßnahmen vorsieht). Es stellt sich im Übrigen die Frage, ob es zu einer möglichen Überschneidung, zu einer doppelten Anwendung, ja sogar zu einem Widerspruch zwischen den beiden Gesetzesentwürfen kommen könnte.

2. Rechte der Verteidigung

Folgende Themen wurden angesprochen:

- Haftbedingungen nach der Festnahme: juristischer Beistand in der Realität, Anwesenheit eines Anwalts, Dauer des Polizeigewahrsams (es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass der Beschuldigte nach höchstens 24 Stunden einem Richter vorgeführt werden muss), Gefahr, während dieses Zeitraums, der einem geringeren Schutz durch das Gesetz unterliegt als die Straftat, Opfer eines Verstoßes gegen die Menschenrechte zu werden;
- Wiedereinrichtung des Amtes des Staatsanwaltes, die derzeit im Gange ist;
- Bestehen oder Fehlen von Beschwerdemöglichkeiten wegen möglicher Misshandlung durch die Polizei;
- Überwachung der Polizeikräfte und der Justizvollzugsanstalten.

Aufgrund der Fragen von Herrn Louis Joinet, dem Vorsitzenden der vom Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen eingesetzten Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen (die im Februar 2003 eine Reise nach Iran unternommen hatte¹), stellte sich heraus, dass die iranische Regierung diesen Bericht nicht veröffentlicht hatte (die Veröffentlichung war auch nicht zwingend). Herr Joinet fragte an, ob der Bericht beispielsweise von einer iranischen nichtstaatlichen Organisation veröffentlicht werden könnte.

3. Justizvollzugsanstalten und "Einzelhaft"

Die Haftsituation von Häftlingen, die „von der Außenwelt abgeschnitten“ sind, war wiederholt Gegenstand eines intensiven Meinungsaustausches und in hohem Maße widersprüchlicher Antworten der iranischen Seite. Manche Vertreter der iranischen Seite berichteten von der Abschaffung der Bereiche, in denen die Häftlinge völlig isoliert sind, und andere eher von einer „Verbesserung der Bedingungen“. Herr Joinet fragte die iranische Delegation insbesondere, ob der Bereich 209 der Justizvollzugsanstalt Evin (die er bei der Vorbereitung seines Berichtes besuchen konnte) noch existiert².

Es ergab sich eine Diskussion um die Zahl der Häftlinge in Iran: laut offiziellen iranischen Quellen, die von einer nichtstaatlichen Organisation zitiert wurden, sollen es ca. 180.000 sein (bei Kapazitäten, die für 65.000 ausreichen). Die iranische Delegation legte Wert auf die Feststellung, dass es in Wirklichkeit 130.000 seien (von denen ein Großteil wegen Verbrechen und Delikten einsäßen, die mit dem Drogenhandel im Zusammenhang stünden). Der Leiter des Justizsystems schlug Maßnahmen vor, einschließlich der Strafminderung, der Amnestie und der Möglichkeit des langfristigen Hafturlaubs für Häftlinge, um die Zahl der Häftlinge in den Justizvollzugsanstalten zu reduzieren.

¹ der Bericht ist unter folgender Adresse verfügbar: <http://www.unhchr.ch/html/menu2/7/b/mard.htm>

² Nach dieser Frage hatte Herr Joinet am Rande des Treffens Gelegenheit, sich mit einem Häftling zu unterhalten, den er während der Reise der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen kennen gelernt hatte.

4. Sondergerichte

Die „Kommission Artikel 90“ des Parlaments kritisierte die Zunahme der Gerichte. Es existieren jedoch immer noch zahlreiche Sondergerichte, darunter insbesondere Revolutions- und Religionsgerichte. In mehreren Berichten ist im Übrigen die Rede von nicht erfassten Justizvollzugsanstalten (siehe beispielsweise den Bericht der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen).

Es fand ein relativ langer Meinungs austausch über die Funktion und die Möglichkeiten der Berufung gegen die Entscheidungen der Revolutionsgerichte statt. Unter den Standpunkten der iranischen Delegation kamen verschiedene Nuancen zum Vorschein: einige plädierten persönlich für die mögliche Zusammenlegung der Revolutionsgerichte mit den Strafgerichten andere unterstrichen, dass die Revolutionsgerichte trotz ihres Namens keine Ausnahme gerichte seien.

5. Rechte der Frauen

Auch wenn diese Frage nicht als solche auf der Tagesordnung stand, wurde sie mehrfach, insbesondere unter den folgenden Gesichtspunkten, angesprochen:

- Behandlung der Frauen in den Justizvollzugsanstalten;
- Möglichkeit alternativer Strafen, vor allem für Frauen, die eine Familie zu versorgen haben;
- Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im Hinblick auf die Zeugenaussage vor den Gerichten (die Zeugenaussage eines Mannes ist doppelt so viel wert wie die einer Frau) und die sich daraus ergebende Ungerechtigkeit beim Urteil;
- wirtschaftliche Ungleichheit und Armut, von der Frauen überproportional betroffen sind;
- Zugang von Frauen zum Richteramt (derzeit möglich bei Jugend- und Familiengerichten, nicht aber bei Strafgerichten);
- Notwendigkeit der Einstellung von Frauen in den Polizeidienst.

6. Rechtsnormen und tatsächliche Anwendung der Menschenrechte

Mehrere Redner der Delegation der EU, jedoch auch einige iranische Vertreter unterstrichen die Kluft zwischen dem von der Verfassung, vom Gesetz oder von anderen Rechtsvorschriften garantierten Schutz der Menschenrechte und der Realität. Manche Redner, einschließlich iranischer nichtstaatlicher Organisationen, forderten im Übrigen zusätzlich zu der tatsächlichen Anwendung der Texte, die die Menschenrechte schützen, eine Verbesserung der bestehenden Gesetze. Die Unterweisung der Polizeikräfte und der Richter auf dem Gebiet der Menschenrechte wurde vielfach als Grundvoraussetzung für die Verbesserung der Praktiken genannt.

In Bezug auf manche Praktiken wie die Steinigung ist anzumerken, dass ein Moratorium ihre Anwendung verboten hat, auch wenn das iranische Recht nicht verändert wurde. Leider scheinen in jüngster Zeit mehrere Fälle von Steinigung registriert worden zu sein, die erneut die Frage eines völligen Verbotes und einer Gesetzesänderung aufwerfen.

Beim Abschluss des Runden Tisches unterstrich Herr Biggar für die irische Präsidentschaft die Bedeutung der tatsächlichen Anwendung der geltenden Gesetze. Als Antwort auf mehrere Kommentare der iranischen Delegation, die für eine Berücksichtigung der kulturellen Vielfalt und der historischen und religiösen Besonderheiten plädierten, erinnerte Herr Biggar daran, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten an dem Begriff der kulturellen Vielfalt festhielten. Allerdings fügte er an, dass sie nicht als Entschuldigung dafür dienen dürfe, das Völkerrecht zum Schutze der Menschenrechte nicht anzuwenden.

7. Internationale Zusammenarbeit und Solidarität

Nach der Darlegung der Möglichkeiten des Engagements und der Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit¹ auf dem Gebiet der Menschenrechte unterstrichen mehrere iranische Vertreter, dass die Menschenrechte ein untrennbares Ganzes bildeten, einschließlich des Rechts auf Weiterentwicklung, und dass die Missachtung eines dieser Rechte das Engagement für die Menschenrechte gefährde; außerdem wurde Kritik an den Sanktionen gegen manche Staaten, u.a. Iran, die die jeweilige Bevölkerung treffen, geübt.

In dieser Hinsicht stellte Herr Biggar die Politik der gezielten Sanktionen der Europäischen Union dar. In Bezug auf die Solidarität auf dem Gebiet der Menschenrechte unterstrich er, dass sie nicht nur als eine Solidarität unter Staaten, sondern auch als eine Solidarität der Staaten gegenüber den Menschen, die unter der Verletzung ihrer Rechte leiden, verstanden werden müsse.

Die iranische Seite spielte mehrfach auf die Folterungen der Häftlinge in der irakischen Justizvollzugsanstalt Abu Ghraib an und machte deutlich, dass es sich um einen Verstoß gegen das Übereinkommen gegen die Folter handle. Herr Biggar erinnerte an die klare Verurteilung dieser Verhaltensweisen durch die Europäische Union und an die gegen einige Täter eingeleiteten Verfahren.

III - Das offizielle Treffen

Die Ergebnisse des offiziellen Treffens zwischen der Delegation der Europäischen Union, die im Namen der irischen Präsidentschaft von Herrn Biggar geleitet wurde, und der Delegation der islamischen Republik Iran, geleitet von Herrn Larijani, dem für internationale Angelegenheiten zuständigen stellvertretenden Leiter der Justizbehörden, sind in der beigefügten Erklärung beschrieben. Folgende Punkte sind besonders hervorzuheben:

"Wenngleich die Europäische Union begrüßt, dass das Treffen stattgefunden hat und die Gespräche in einer aufrichtigen und offenen Atmosphäre verlaufen sind, ist sie doch weiterhin tief besorgt über die andauernden und zahlreichen Verstöße gegen die Menschenrechte in Iran. Diese umfassen die ungleichen Rechte für Frauen, die

¹ insbesondere das System der Berichterstattung durch die Staaten vor den Sachverständigenausschüssen der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die als Vertragsüberwachungsorgane („treaty monitoring bodies“) bezeichnet werden.

Anwendung von Folter in Justizvollzugsanstalten und an anderen Orten, an denen Menschen in Haft sind, eine Kultur der Straffreiheit für Straftäter, das Fehlen einer unabhängigen Justiz, die Vollstreckung der Todesstrafe sowie Berichte über weitere Amputationen und andere grausame Strafen, eine fortgesetzte Kampagne gegen Journalisten und andere Personen, die bestrebt sind, ihr Recht auf Meinungsfreiheit und auf freie Meinungsäußerung auszuüben, einen mit Mängeln behafteten Wahlverlauf, der dem iranischen Volk die Möglichkeit einer demokratischen Entscheidung nahm, und die Diskriminierung aus religiösen Gründen.

Die Europäische Union vertritt die Auffassung, dass Verbesserungen in diesen und anderen Aspekten der Menschenrechte in Iran von entscheidender Bedeutung sind.

Die EU wird in Kürze mit einer Evaluierung ihres Menschenrechtsdialogs mit Iran beginnen, in dem die Ergebnisse dieses Treffens und die Lage der Menschenrechte in Iran umfassend Berücksichtigung finden werden."

IV - Gesichtspunkte für eine Evaluierung

Nach vier Treffen ist die Zeit für eine Evaluierung des Dialogs mit Iran gekommen. Die Präsidentschaft hat den Beginn einer Evaluierung der derzeit von der EU mit Iran, aber auch mit China¹ geführten Dialoge angekündigt.

Für eine genaue und vollständige Evaluierung müssen natürlich die gesetzten Ziele mit den erreichten Ergebnissen verglichen werden.

Es wird die Aufgabe des Unterausschusses Menschenrechte sein, gegebenenfalls mit den betreffenden parlamentarischen Delegationen die Erörterung mit dem Rat auf der geeigneten Ebene (Präsidentschaft, Arbeitsgruppe „Menschenrechte“-COHOM) sowie mit der Kommission einzuleiten. Dies kann auf der Grundlage der von der niederländischen Präsidentschaft angekündigten Evaluierung erfolgen.

Die folgende Zusammenstellung von Gesichtspunkten soll als Grundlage für eine detaillierte Evaluierung dienen:

- Dem Runden Tisch und dem offiziellen Treffen übertragene Aufgaben (dies kann bis zur Erörterung der Zweckmäßigkeit des Runden Tisches in seiner Organisation und in seiner aktuellen Form und zur Ausarbeitung alternativer Konzeptionen reichen).
- Ziele und Leitlinien sowie deren Veröffentlichung.
- Repräsentativität der teilnehmenden nichtstaatlichen Organisationen, Unterstützung durch Sachverständige des betreffenden Landes.
- Vorausgeschaltete Planung, Besprechungen, Kontakte zu den nichtstaatlichen Organisationen und den Universitätsangehörigen, die auf Menschenrechte und auf das betreffende Land spezialisiert sind.
- Organisation des Runden Tisches, Ablauf der Diskussionen.

¹ Gemäß den Richtlinien vom 13. Dezember 2001, Artikel 10: „Alle Dialoge über die Menschenrechte werden regelmäßig evaluiert, vorzugsweise jedes Jahr.“ ist eine regelmäßige Evaluierung vorgesehen.

- Mitteilung an die örtliche Presse mit den geeigneten Mitteln (Pressekonferenz, Pressecommuniqué, ...) vor Ort am Tag der Veranstaltung¹. Bei den früheren Treffen wurde so vorgegangen, nicht aber bei dem vierten Treffen. Es handelt sich jedoch um ein wichtiges Mittel zur Informierung der Medien und der örtlichen nichtstaatlichen Organisationen, um ihnen eine potentiell andere Botschaft zu vermitteln als die Behörden.
- Nachbereitung, inter-institutionelle Zusammenarbeit zugunsten von Einzelfällen, Kohärenz.
- Koordination zwischen der EU und den Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Beziehungen zu dem betreffenden Staat.

Anlagen

Referat Menschenrechte
Generaldirektion Externe Politikbereiche
23.06.04

¹ Bei einem Treffen mit einigen anwesenden Universitätsangehörigen und den Beamten des Referates Menschenrechte des Europäischen Parlaments im Anschluss an den Runden Tisch betonte Herr Mohammad Hassan Ziyaeifar, der Generalsekretär der islamischen Menschenrechtskommission, nachdrücklich besonders diesen Punkt. Obwohl er auf der Liste der iranischen Delegation stand, hatte er gegenüber der örtlichen Presse erklärt, dass er nicht an dem Runden Tisch teilnehmen werde. Nachdem er an den früheren Treffen teilgenommen hatte, sei er zu der Auffassung gekommen, dass der Dialog zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Ergebnisse hervorbringe und es ihm an Transparenz fehle, da die iranische Delegation im Wesentlichen aus Befürwortern der Regierung bestünde.

Fourth Roundtable
under the EU-Iran Human Rights Dialogue
Tehran, 14 - 15 June 2004

AGENDA

**Administration of Justice &
Enhancement of International Cooperation and Solidarity
in the Field of Human Rights**

Monday 14 June

9:00-10:00 Opening Remarks

- **H.E. Akhoundzadeh**, Director General, International Legal Affairs, Iranian Ministry of Foreign Affairs
- **John Biggar**, Director, Human Rights Unit, Irish Ministry of Foreign Affairs
- **Dr Shariat Bagheri**, Representative of Iranian Judiciary
- **Jesper Höstrup**, Principal administrator, Unit for the Barcelona Process, Gulf Countries, Iran, Iraq and Yemen, European Commission

Administration of Justice

Theme: Role of the State in securing human rights standards through different areas of the administration of justice

10:00-10:30 Police

Visions for the police. Role of the police in securing human rights standards in stages of arrest, detention, investigation and interrogation focusing on equality before the law and physical integrity. Complaint mechanisms. Recruitment, training and promotion of police personnel and its managers.

- **Maggie Beirne**, Director of the Committee for the Administration of Justice (to be confirmed)
- **Dr Ardebili**, Professor of law at Shahid Beheshti University

10:30 – 12:00 Discussion

12:00 – 12:15 Coffee break

12:15 – 12:45 Prisons

Purposes of punishment and the prison system. Alternative punishment. Principles for conditions in prisons. Disciplinary procedures and punishments of prisoners. Complaint mechanisms. Recruitment, training and promotion of prison personnel and its managers.

- **Dr Najafi**, Professor of Law at Shahid Beheshti University
- **Bertel Österdahl**, Former Director of the Swedish Prison and Probation Service

12:45 – 14:15 Discussion

14:15 – 15:15 Lunch Break

15:15 – 15:45 The Judiciary

Judiciary traits: legality (i.e. the requirement that court be established by law), independence, impartiality and competence of the judiciary. Recruiting and training of judges

- **Victor Madrigal-Borloz**, Danish Institute for Human Rights
- **Dr Hashemi**, Professor of law at Shahid Beheshti University and Member of The Working Group on Arbitrary Detention

15:45 – 17:15 Discussion

17:15 Wrap up session for day one

20:00 – 22:00 Dinner hosted by the Iranian Ministry of Foreign Affairs

End of day one

Tuesday 15 June

Enhancement of International Cooperation and Solidarity in the Field of Human Rights

9:00 – 9:30 Collective international responsibilities in the full realization of human rights through international cooperation

The dynamics with and within UN mechanisms and regional systems

- **Dr Momtaz**, Professor of Law at Tehran University
- **Wolfgang Heinz**, German Institute for Human Rights

9:30 – 10:30 Discussion

10:30 – 10:45 Coffee break

10:45 – 11:15 The role of international solidarity in the realization of human rights, including economic, social and cultural rights

Solidarity and equality in regard to economic, social and cultural rights

- **Toma Birmontiene**, Director of the Lithuanian Centre for Human Rights
- **Dr Mosaffa**, Head of the Center for Higher International Studies and Professor at Tehran University

11:15 – 12:00 Discussion

12:00 – 12:30 The role and responsibility of international institutions, including transnational corporations and financial-monetary institutions, in realization of human rights

Discussion on the emerging trends within corporate social responsibility. The role of businesses and non-state actors' in the effective enjoyment of human rights.

- **Mr Alaie**, Head of Human Rights and Women Division, Iranian Ministry of Foreign Affairs
- **Ineke Boerefijn**, Netherlands Institute of Human Rights

12:30 – 13:15 Discussion

13:15 – 14:00 Summing up and closing remarks

- **John Biggar**, Director, Human Rights Unit, Irish Ministry of Foreign Affairs (to be confirmed)
- Head of Iranian Delegation
- **Rolf Timans**, Head of Human Rights and Democratisation Unit, European Commission (to be confirmed)
- Iranian Judiciary

14:00 – 15:00 Lunch

15:00 – 19:00 EU Troika – Iran officials-only meeting (non-governmental participants are not allowed to participate)

19:15 – 20:00 Meeting with Dr Larijani, Deputy Head of Judiciary for International Affairs (non-governmental participants are not allowed to participate)

End of day two

**DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION TO THE 4TH ROUNDTABLE SESSION
UNDER THE EU-IRAN HUMAN RIGHTS DIALOGUE**

Presidency (4):

Mr John Biggar, Director, Human Rights Unit, Department of Foreign Affairs
H.E. Thomas Bolster, Ambassador of Ireland to Tehran
Mr Aidan Cronin, First Secretary, Embassy of Ireland, Tehran
Ms Caroline Phelan, Human Rights Unit, Department of Foreign Affairs (to be confirmed)

The Netherlands (5):

H.E. Piet deKlerk, Ministry of Foreign Affairs
H.E. Hein de Vries, Ambassador of the Netherlands to Tehran
Ms Sonja van der Meer, Policy Officer, Ministry of Foreign Affairs
Mrs Lucia Bijnen, Second Secretary, Embassy of the Netherlands, Tehran
Ms Emma Kay, Second Secretary, Embassy of the Netherlands, Tehran

European Commission (2):

Mr Rolf Timans, Head of Human Rights and Democratisation Unit, External Relations Directorate General
Mr Jesper Höstrup, Principal administrator, Unit for the Barcelona Process, Gulf Countries, Iran, Iraq and Yemen

Council of the European Union (1):

Ms Francesca Riddy, DGE IV, Human Rights and United Nations

European Parliament (2):

Ms Andrea Subhan, Secretariat of the Human Rights Unit
Mr Antoine Cahen, Secretariat of the Human Rights Unit

Academia and NHRI (7):

Mr Malcolm Evans, Professor of Public International Law, Bristol University, United Kingdom
Mr Victor Madrigal-Borloz, Team leader, Reform of Law and State Institutions, Danish Institute for Human Rights, Denmark
Mr Wolfgang Heinz, German Institute for Human Rights, Germany
Ms Paroula-Naskou Perraki, Associate Professor at the University of Macedonia, Greece
Ms Silvia Tellenbach, Senior Researcher, Head of Section on Iran, Turkey and the Arab States, Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law, Germany
Ms Ineke Boerefijn, Netherlands Institute of Human Rights (SIM), Holland
Ms Toma Birmontiene, Director of the Lithuanian Centre for Human Rights

Police Authority (1):

Mr Lars Haugaard, Chief Superintendent, Copenhagen Police, Denmark

Prison Authority (1):

Mr Bertel Osterdahl, former Director of the Swedish Prison and Probation Service, Sweden

Judiciary (2):

Hon Mr Justice Anthony Hederman, former Supreme Court Judge, Ireland

Hon Mr Justice Louis Joinet, Supreme Court Judge and former Head of the CHR Working Group on Arbitrary Detention, French

NGO (3):

Mr Drewery Dyke, Researcher, Middle East Program, Amnesty International

Ms Assadih Nikam, Project Co-ordinator for Iran, Penal Reform International

Ms Maggie Beirne, Director of the Committee for the Administration of Justice

Coordinator (1):

Ms Tina Johannesen, Coordinator of the round-table, the Danish Institute for Human Rights, Denmark

List of Iranian Delegation

Iranian Ministry of Foreign Affairs

- 1-H.E Mr. M. Akhoundzadeh , Director General for International Legal Affairs Department,
Head of Iranian delegation
- 2-Mr. M. Allaie , Director, Department of human Rights
- 3- Mr. Seyyed Abbas Araghchi, Director, Department of Western Europe

Presidential Office

- 4- Dr. H.Mehrpour, Head of the Follow-up and Supervisory Commission for the Implementation of the Constitution; professor of law at Shahid Beheshti University

Parliament

- 5- Mr. Manuchehr Motaki
- 6- Mr. Hamidreza Hajibabai

Judiciary:

- 7- Dr. Mohammad Javad Shariat-Bagheri, Director General for International Affairs
- 8 - Mr. Abdol- Ali Mirkouhi, Deputy Director for Justice Department, Tehran Province
- 9 - Dr. Hossein Mirmohammad Sadeghi, Head of the Judiciary Science Faculty
- 10- Mr. Jamal Karimi Rad , Public Prosecutor for the High Disciplinary Court of Judges
- 11- Mr. Mohammad Sadati, Deputy head of Prisoners Organization
- 12 - Dr. Elham, Spokesman of Judiciary
- 13 - Dr. Jamshedi, Secretary of the High Judicial Development Council

Islamic Human Rights Commission:

- 14 - Mr. Mohammad Hassan Ziyaeifar, Secretary General of the Islamic Human Rights Commission

University Professors:

- 15 - Dr. Mohammad Ali Ardebili, Professor of law at Shahid Beheshti University,
- 16 - Dr. Seyyed Mohammad Hashemi, Professor of law at Shahid Beheshti University, member of the Working group on Arbitrary detention
- 17 - Dr. Zakeryan, Professor of law at University
- 18 - Dr. Nasrin Mosaffa, Head of the Center for Higher International Studies & Professor of Tehran University
- 19 - Dr. Jamshid Momtaz, Professor of law at Tehran University, member of the International Law Commission

NGOs:

- 20 - Ms. Ashraf Geramizadegan, Head of the Association for the Protection of Women's Rights
- 21 - Ms. Shahindokht Mowlaverdi, Head of Women's Rights Society
- 22 - Mr. Alireza Taheri, Organization for the Defense of the Victims of Violence

23 - Mr. Majid Tavana, Head of Association of United Nations

24 - Ms. Fatemeh Ashrafi, Head of Association for Protection of the Immigrant Women & Children

Interpreters:

25 - Mr. Faramarz Hejazi

26 - Mr. Reza Akbari